

brand eins: Attac ist eine Organisation, die man nicht gerade konfliktscheu nennen kann.

Was ist für Sie das Entscheidende daran, die Auseinandersetzung zu suchen?

Aus unserer Sicht ist Konflikt absolut notwendig, weil diese Welt einem völlig falschen Paradigma hinterherläuft, sowohl in der Wirtschaftswissenschaft als auch in der daraus folgenden Politik, nämlich dem Mantra, dass alles besser wird, wenn man dann nur den Markt machen lässt. Da sind sich die Eliten einig.

Und einen Paradigmenwechsel kann man nicht durch Konsens oder einfachen Diskurs erreichen. Dafür braucht man immer den Konflikt.

Attac steht für eine linke Ökonomie und Ökologie – dennoch gibt es kaum Gemeinsamkeiten mit den Grünen.

Die Grünen waren zwar selber mal eine soziale Bewegung, vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass sich viele von Ihnen von uns so abgrenzen wollen und Angelika Beer uns beschimpft. Okay, in ökologischen Fragen könnten wir uns einigen – aber wenn es um die Frage der Kontrolle des Marktes geht, da gibt es einen tiefen Konflikt zwischen uns. Die Grünen sind da leider wirtschaftsliberaler als große Teile der SPD und CDU.

Leider liberal – gilt dann auch der Umkehrschluss? Ist Attac mit seinen Forderungen nach Kontrollen, Gesetzen, Reglements nicht einfach reaktionär.

Man kann ja jetzt nicht sagen, dass wir alles so haben wollen, wie es in den 60er Jahren war. Wir sagen auch nicht, die nationalen Grenzen sollen wieder zugemacht werden oder: der Sozialstaat soll weiterhin im Wesentlichen nur den Männern dienen und die Frauen außen vor lassen. Es geht nicht um ein Zurück. Die Schwierigkeit ist, diesen Sozialstaat zu verteidigen, während man gleichzeitig seine Defizite sieht. Aber in einer Situation, in der sich im Grunde der größte Teil der Elite des Landes der Solidarität mit den Schwachen entziehen will, muss jemand den Sozialstaat verteidigen. Diese Leute nutzen die Gelegenheit schamlos aus, die ihnen die Globalisierung bietet, um ihre Diktatur der Märkte zu errichten.

Welche Eliten meinen Sie?

Menschen die durch ein hohes Bildungsniveau gleichzeitig ein hohes Maß an Einkommen erzielen, diejenigen also, die die hohen Steuersätze zahlen, die jetzt alle senken wollen.

Was Sie falsch finden?

Ja, ich finde es gerecht, dass Spitzenverdiener die Hälfte abgeben sollen. Und ich finde es nicht in Ordnung, dass man in einer Zeit, in der man den Leuten am unteren Ende der Einkommenskala immer neue Lasten aufbürdet, gleichzeitig die Spitzensteuersätze senkt. Das finde ich unanständig.

Und wer das will, ist Ihr Gegner.

Diese Eliten können alle, die für Regulierung sind, damit unter Druck setzen, dass sie ihr Kapital dahin schieben, wo es die höchste Rendite bringt. Damit sagen sie: Wir wollen die Kosten für den Sozialstaat nicht mehr tragen. Wir wollen keine Sozialstaatlichkeit oder ökologische Regulierung. Mit diesem Druck wird das politische Kräfteverhältnis radikal verschoben – das ist auch der Grund für unser breites Attac-Bündnis.

Das klingt nicht, als würden Sie den Dialog mit diesen Menschen suchen.

Natürlich führen wir Dialoge. Aber ich bin überzeugt, dass es bei der Konfrontation der mobilen Interessen des Kapitals gegen die immobilen Gemeinwohlinteressen, etwa soziale Gerechtigkeit, Ökologie und so weiter, einfach zur Erpressung kommt. Jeder Konzernchef, der nicht davon Gebrauch machen würde, wäre gleichzeitig für seine Aktionäre untragbar.

Das heißt: Der Kapitalismus muss unbedingt zum Nachteil der Menschen geraten – und Unternehmen sind naturgemäß schlecht. Was ist mit Nachhaltigkeitsberichten, mit der sozialen Verantwortung von Unternehmen. Alles Lüge?

In der Tat: Die sind nicht sehr glaubwürdig. Diese Berichte listen die Wohltat der Unternehmen auf und schweigen über die negativen Seiten, sie werden von den eigenen PR-Abteilungen erstellt und nicht von unabhängigen Organisationen.

Wenn es für Konzerne ökonomisch attraktiv ist, soziale Gerechtigkeit und Ökologie mit Füßen zu treten, dann werden Konzerne das in der Regel auch tun.

Ausnahmslos?

Sie werden es nur dann nicht tun, wenn sie unter Druck von außen stehen, durch Gesetze oder soziale Bewegungen wie uns, die dafür sorgen, dass Leute ihre Produkte nicht mehr kaufen. Aber dass hier eine Einsicht aus Menschenfreundlichkeit allein entstehen würde, das denke ich nicht.

Jede unternehmerische Einheit muss permanent unter politischen Druck stehen, um überhaupt sozial akzeptabel zu sein? Das ist die Theorie des Kalten Krieges.

Das glaube ich nicht. Druck muss sich in Gesetze verwandeln. Und das große Problem ist, dass wir zur Zeit soziale ökologische und demokratische Gesetze eben auf nationalstaatlicher Ebene verankert haben, während das Kapital international ist. Dazu kommt, dass es natürlich nicht möglich ist, für keine Bewegung, ständig alle Konzerne in Schrecken zu versetzen. Sie sind viel zu groß dazu. Aber man muss ab und zu Siege erreichen, das wirkt dann auch als Drohpotential gegenüber den anderen. Wenn wir also sagen: Wo produziert beispielsweise Karstadt seine Billigkleidung, und das den Konsumenten im Norden mitteilen, dann können wir unter diesem Druck erreichen, dass sich weitere Unternehmen sozial-ökologischen Standards anschließen.

Die Guten und die Bösen – ist Wirtschaft wirklich so einfach? Haben nicht Unternehmen ein hohes, weil ökonomisches Interesse daran, ihren Markt in einem guten sozialen Umfeld zu haben? Gibt es keine Unternehmen mit ethischen Zielen?

Ich bestreite nicht, dass es auch in Konzerne ethische Akteure gibt, dass es dort Menschen gibt, die ethische Ziele haben, nicht einfach nur das Böse an sich sind. Aber sie müssen möglichst hohe Rendite machen. Da nützt kein wirtschaftsethischer Diskurs. Wir haben immer wieder erlebt, wie die Dialoge mit Konzernen funktionieren, z.B. beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Mit ihnen sollten Umweltstandards für Auslandsinvestitionen vereinbart werden. Mit den Mitarbeitern wurde man sich einig – nur der Vorstand hat dann alles gekippt. Wenn die Unternehmen so ethisch sind, wieso bilden sie dann Dachverbände mit solchen unsozial-umweltzerstörerischen Positionen? Ihre These vom Unternehmen, das von selbst sozial wird, ist einfach falsch. Man braucht Gesetze. Nehmen Sie mal einen Konsumenten, der sich im Supermarkt entscheiden soll, ob er fair gehandelten Kaffee kaufen soll oder einen, der unter den üblichen miesen Methoden angebaut wird. Das wird ihm ohne Gesetze schwer fallen. Aber wenn sie eine Umfrage machen würden, wären die meisten dafür, dass nur fair hergestellter Kaffee verkauft wird. Es ist eben schwer bei globalen Zusammenhängen individualisiert ethisch zu handeln. Es ist ein Mythos, dass Konsumenten genauso handlungsfähig wären, wie ein gemeinsamer gesetzgebender Akteur, den man zusammen schafft.

Wir haben also zu wenige Gesetze, und deshalb ist die Welt nicht gut genug?

Viele behaupten, Deutschland sei überreguliert. Man könnte stattdessen sagen, Deutschland ist zu sozial, Deutschland ist zu ökologisch. Das traut sich aber kaum jemand. Deshalb sagt man überreguliert, um ein anderes Ziel durchzusetzen, nämlich mehr soziale Ungleichheit. Das beste Beispiel ist der Steuerreformvorschlag von Friedrich Merz. Steuervereinfachung wird gemacht, aber die Lasten der Steuervereinfachung tragen praktisch nur die Arbeitnehmer.

Überall Feinde - was ist eigentlich ihr Menschenbild?

Ich weiß nicht, ob ich ein großes Menschenbild habe. Grundsätzlich denke ich, dass der Mensch ein Wesen ist, das sowohl zu Gutem als auch zu Bösem fähig ist, und das ist sehr stark von der Gesellschaft abhängig, was davon zum Tragen kommt. Grundsätzlich bin ich aber eher ein Mensch, der an das Gute im Menschen glaubt. Aber gleichzeitig bin ich auch Wirtschaftswissenschaftler und glaube daher, dass Menschen Anreize folgen.

Es gibt zwei grundsätzliche Unterscheidungen: Menschen müssen zu ihrem Glück gezwungen werden oder Menschen sind zu ihrem Glück fähig. Sie glauben Ersteres, richtig?

Das halte ich wirklich für einen falschen Diskurs. Zum einen sind ja Regulierungen etwas, was vom Menschen selber geschaffen wird, es ist ja nichts außerhalb des Menschlichen oder Selbstbestimmten, dass man eine Regulierung beschließt. Wenn man beschließt, wir wollen nicht, dass hier jeder verschmutzen darf, wie er lustig ist, dann ist das etwas, wozu sich Menschen in einem demokratischen Prozess entschieden haben. Und würde das den Menschen wirklich massiv gegen den Strich gehen, würden sie die Parteien abwählen, die dafür sind. Aber die meisten Menschen wissen, dass Regulierungen gut für sie sind. Die FDP war noch nie eine Massenbewegung. Wenn man nämlich Menschen in einem unregulierten Markt aufeinander loslässt und sagt, jeder ist seines Glückes Schmied, dann führt das eben dazu, dass ein erheblicher Teil der Menschen ein sehr schlechtes Leben leben wird, und deshalb entscheiden sich Menschen kollektiv für ein ordentliches Niveau an sozialer, ökologischer und demokratischer Regulierung. Das ist deshalb kein Gegensatz zur persönlichen Findung des Glücks. Denn die Freiheit, Zugang zu Bildung zu haben und zwar für alle, die Freiheit, frei zu sein von Obdachlosigkeit, frei zu sein vom plötzlichen Absturz ins wirtschaftliche Nichts – das sind alles Dinge, die man nur durch Regulierung erreichen kann. Deshalb ist eine soziale Regulierung ein Ziel, das Befreiung bedeutet.

Unterm Strich kommt bei ihrer Freiheitstheorie aber der alte, enge Nationalstaat heraus – antiglobal, abgeschottet, mit reichlich Gesetzen, die das sichern, was Sie für Freiheit halten.

Wir wollen nicht den Nationalstaat wiederherstellen, sondern soziale und ökologische Rechte international durchsetzen. Dazu brauchen wir zunächst eine andere EU, in der die einzelnen Staaten nicht in einen ruinösen Wettbewerb aufeinander losgelassen werden. Attac will, dass der reiche Norden dem armen Süden endlich wirkliche Entwicklungschancen gibt statt ihn mit IWF und WTO zu drangsalieren.

Aus welcher Tradition leiten Sie all diese Ansprüche ab?

Der Anspruch kommt daher, dass wir alle nur Zwergen auf den Schultern eines Riesen sind. Das bedeutet, jeder und jede, der hier Leistung bringt, kann dies nur auf der Basis des Wissens und des Reichtums, der vor Generationen aufgebaut wurde. Es ist nicht die persönliche Leistung von jemanden, wenn er oder sie großes Geld verdient, sondern das kann diese Person nur, weil sie Teil dieser Gemeinschaft ist, die sich über Tausende von Jahren dieses Produktionspotential erarbeitet hat. Die wirtschaftsliberalen Modelle meinen im Kern dagegen, was ein Mensch verdient, gehört ihm vollständig selbst.

Sie sehen also den Sozialstaat den Bach runtergehen – mit neuer Armut, neuem Elend.

Derzeit wird Sozialabbau betrieben, was das Zeug hält. Die Frage von Menschenrechten gibt es in diesem Zusammenhang praktisch nicht mehr – nur mehr die Frage: Wie können wir am besten einsparen? Dem widersetzt sich Attac fundamental. Ich sage ja nicht, dass wegen der Agenda 2010 Hunger und Obdachlosigkeit ausbrechen, aber die soziale Schere geht weiter auf, so wie in den 15 Jahren zuvor schon, und das finde ich falsch. Ein Mensch, der ein Leben lang gearbeitet hat und dann verschwindet sein Beruf, weil sich die Strukturen geändert haben, der hat ein Recht darauf, anständig behandelt zu werden. Er hat ein Recht darauf einkommensmäßig nicht auf Sozialhilfeniveau abgesenkt zu werden. Vernünftig finde ich Arbeitsmarktmodelle bei denen Flexibilität und Sicherheit zusammenkommen, also Flexicurity. Nur darum geht es heute gar nicht.

Behaupten Sie – und diskutieren es deshalb erst gar nicht?

Doch, wir diskutieren – aber wir machen zur Zeit keine Kampagne dafür.

Wäre das kein lohnendes, weil konstruktives Thema für Attac?

Prinzipiell schon. Der Punkt ist nur, dass eine Kampagne von der Gegenseite sofort benutzt werden würde um zu sagen: Seht her, die sind ja auch für Flexibilität. Und die würde dann eingeführt werden – um die Security aber würden sich diese Leute nicht mehr scheren. Dabei ist gerade die zunehmende Unsicherheit sehr gefährlich: Sie wird zu sozialem Unfrieden führen. Und ich befürchte zu neuen rechtspopulistischen Parteien.

Sie beschreiben das Ende der alten Sozialpartnerschaft, des Kompromisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Stimmt – der Klassenkompromiss wurde von den Neoliberalen aufgekündigt. Nicht mehr Wohlstand für alle, sondern nur noch Chancen für alle sollen es sein. Seit 20 Jahren wird nun diese Agenda des Sozialabbaus verfolgt. Ich kann nicht erkennen, dass das ökonomisch funktioniert. Und gesellschaftspolitisch ist es sehr gefährlich.

Neoliberal ist mittlerweile ein Allerwelts-Schimpfwort für alle, die nicht Ihrer – also Attacs – Meinung sind. Nennen Sie doch mal Name und Adresse: Wer ist der Feind?

Historisch gesehen waren die Regierungen Thatcher und Reagan, die das neoliberale Programm in zwei bedeutenden Ländern angefangen und massiv durchgezogen haben. Und heute? Das ist doch auch relativ klar: Hier ist das der Bund der Deutschen Industrie, es sind die Arbeitgeberverbände, es sind inzwischen auch die Mehrheiten in den Bundestagsfraktionen aller Parteien, die genau nach dieser wirtschaftspolitischen Orientierung handeln.

Die Mächtigen sind böse, wir sind gut. Das machen die Populisten genauso.

Attac Populismus vorzuwerfen, ist Unsinn. Wir sind eine Bildungsbewegung. Wir muten unseren Mitglieder sehr viel zu. Wir beschäftigen uns mit internationaler Wirtschaftspolitik, Weltbank und Währungsfonds und machen unzählige Bildungsveranstaltungen zu Themen, mit denen sich vor kurzem kaum jemand öffentlich beschäftigt hat.

Also gut, die Parteien sind nicht so toll, die Gewerkschaften schon eher. Ver.di sitzt schon im Attac-Boot, Frank Bsirske ist ein richtiger Fan. Dafür müssen Sie Michael Sommer wohl noch überzeugen.

Attac ist selbst ein Bündnis – mit vielen Partnern im Boot. Neben Ver.di gehört auch die GEW dazu, Umweltverbände wie der BUND, Gruppen aus dem kirchlichen Bereich. Tatsächlich sind das die Kräfte, mit denen wir uns verbünden müssen: Kritische christliche Kräfte, Gewerkschafter, Wohlfahrtsverbände – das sind die entscheidenden Player. Mit den Gewerkschaften und vielen anderen werden wir am 2. und 3. April einen Aktionstag gegen Sozialabbau machen – und da ist auch der DGB mit im Boot. Michael Sommer mussten wir also nicht überzeugen.

Dass sich die Gewerkschaften in den vergangenen vierzig Jahren vor allem für Arbeitsbesitzer statt für Arbeitslose eingesetzt haben, ist kein Problem?

Dieser Vorwurf, dass die Gewerkschaften Nichtarbeitende nicht gut vertreten hätten – ich weiß nicht, was ich damit anfangen soll. Die Gewerkschaften sind doch nicht schuld an der Arbeitslosigkeit. Ich glaube, dass ohne Gewerkschaften viele unsere Ziele nicht erreichbar sein werden. Deutschland ist ein korporatistisches Land, Interessensverbände spielen eine große Rolle. Das bedeutet, wenn es uns nicht gelingt, den Wind in den Gewerkschaften, aber auch in den Kirchen und in großen anderen Verbänden in eine Richtung internationaler Re-Regulierung zu verändern, werden wir keine Chance haben.

Viel Feind, viel Ehr – heißt es. Andererseits: Wer so umzingelt ist, wie es bei Attac den Anschein hat, könnte leicht eine Wagenburgmentalität

entwickeln. Wollen Sie überhaupt noch einen Dialog mit dem Gegner – oder hat der Konflikt nur ein Ziel: Recht zu behalten?

Meine Wahrnehmung ist ganz anders. Große Teile der Bevölkerung sind stinksauer, sie vertrauen der Parteipolitik nicht mehr. Attac und die sozialen Bewegungen haben großen Zulauf. Wir mauern uns nicht ein – aber immer mehr Menschen leuchtet nicht ein, warum massiv Sozialabbau betrieben wird, wenn diese Gesellschaft gleichzeitig reicher ist denn je. Dialog mit den Gegnern haben wir ständig – allerdings nicht in Hinterzimmern, sondern auf Podien und in Streitgesprächen.

Wo liegen die Grenzen des Konflikts, den sie führen?

Für mich ist die Grenze in einer demokratischen Gesellschaft die Frage der Gewalt. Konkret: Attac wendet nie Gewalt an, wir haben es nie gemacht und werden es auch in Zukunft nicht tun. Da ist die Grenze.

(Seitenrand 1)

Sven Giegold, geboren 1969, kommt aus der Ökologiebewegung (BUND), war im Jahr 2000 Mitgründer von Attac Deutschland und ist seit 2001 Mitglied im Koordinierungskreis der globalisierungskritischen Plattform. Attac steht für *Association pour une Taxation des Transactions Financières pour l'Aide aux Citoyens et Citoyennes (Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der BürgerInnen)* und wurde im Jahr 1998 in Frankreich von linken und globalisierungskritischen Intellektuellen gegründet. Bedeutung erlangte Attac als Plattform und Organisator der mittlerweile spektakulären Proteste gegen die Jahresversammlung und Meetings der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds IWF und der Welthandelsorganisation WTO. Attac verfügt über rund 90.000 Mitglieder in 50 Ländern, die stärksten Landesverbände sind Frankreich und Deutschland.